

An das
Büro der städtischen Gremien

Mitteilung der Dezernentin zum Haushaltsentwurf 2026; aktuelle Entwicklungen

1. Mitteilung des Wetteraukreises zur aktualisierten Kreis- und Schulumlage für den Haushalt 2026 am 4.12.2025 aufgrund des Kreistagbeschlusses am 03.12.2025
 - a. Kreisumlage 2026: 35,3 %
 - b. Schulumlage 2026: 18,42 %

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt 2026:

	HHPL 2026 Entwurf nach Haupt- und Finanzausschuss am 26.11.2025 (37 %/19,03 %)	Neue Hebesätze vom 03.12.2025 in Höhe von 35,3 %/18,42 %	Differenz
Kreisumlage	24.271.000,00 €	22.978.250,00 €	1.292.750,00 €
Schulumlage	12.490.000,00 €	12.082.750,00 €	407.250,00 €
Summe	36.761.000,00 €	35.061.000,00 €	1.700.000,00 €
	Ordentliches Ergebnis nach Haupt- und Finanzausschuss:		-9.921.600,00 €
	Veränderung durch Hebesatzänderung		1.700.000,00 €
	Ordentliches Ergebnis neu		-8.221.600,00 €

Die Genehmigung des Doppelhaushaltes 2025/2026 vom Wetteraukreis wurde vom Regierungspräsidium für den Haushalt 2025 am 29. April 2025 genehmigt, aber für den Haushalt 2026 aufgrund der unsicheren gesamtwirtschaftlichen Situation zurückgestellt. Die Genehmigung steht somit noch aus und die neuen Hebesätze werden daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht in den Haushaltsplanentwurf der Stadt Friedberg (Hessen) für das Haushaltsjahr 2026 eingeplant. Gleichwohl wird die positive Auswirkung in Höhe von 1,7 Mio. Euro für den städtischen Haushalt fiktiv in der obigen Tabelle dargestellt.

2. Kommunen werden vom Bund weitere finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt (04.12.2025)

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil hat den Kommunen in Deutschland finanzielle Unterstützung zugesagt. "Wir sehen, wie groß der Druck ist. Wir wollen deswegen auch weitere Schritte gehen", sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur dpa. „Wenn künftige Leistungsgesetze des Bundes Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte haben, dann werden wir die Kommunen stärker unterstützen.“

Hintergrund ist ein Streit zwischen Bund und Ländern um die Finanzierung von Gesetzen, die der Bund beschließt, die aber in Ländern und Kommunen Geld kosten. Die Ministerpräsidenten wollen heute mit Kanzler Friedrich Merz (CDU) darüber beraten. Sie fordern eine generelle Regelung für mehr Unterstützung durch die Bundesregierung.

Der Bund bietet nun neue Hilfen für die Kommunen, nicht aber für die Länder selbst an. „Die Länder haben den Auftrag aus unserer Verfassung, für eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen zu sorgen“, betonte Klingbeil zudem.

Die kommunalen Spitzenverbände sowie die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände haben seit dem Jahre 2024 kontinuierlich über die Entwicklung der Kommunalhaushalte informiert. Friedberg (Hessen) hat in den kommunalen Spitzenverbänden (Hessischer Städte- und Gemeindebund und Hessischer Städtetag) daran mitgearbeitet. Die Soforthilfe, zum Teil die Reform des kommunalen Finanzausgleichs sowie die nun anstehenden Gespräche auf Bundesebene sind die positive Auswirkung der Arbeit in den Spitzenverbänden.

Wetterauer Zeitung am 01.12.2025 (Titelseite):

Städtetag warnt vor Finanz-Kollaps

Präsident Jung fordert von Bund und Ländern Soforthilfe für Kommunen

Berlin – Städtetagspräsident Burkhard Jung (SPD) hat an Bund und Länder appelliert, bei der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz eine finanzielle Soforthilfe für die Kommunen zu beschließen. „Die städtischen Haushalte kollabieren reihenweise, mittlerweile auch in den reicheren südlichen Bundesländern“, sagte der SPD-Politiker den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Die Kommunen brauchen daher eine finanzielle Soforthilfe von Bund und Ländern, damit sie nicht flächendeckend in das Nothaushaltsrecht fallen.“

„Die Städte können nicht mehr“, sagte Jung. Das Defizit in den kommunalen Haushalten könne in diesem Jahr die 30-



Burkhard Jung (SPD) ist Oberbürgermeister von Leipzig und Präsident des Deutschen Städtetages. DPA

Milliarden-Marke überschreiten. „In der vorläufigen Haushaltsführung können keine Leistungen, die nicht gesetzlich oder vertraglich geschuldet sind, geleistet werden.“ Selbst Zuschüsse für Sportvereine stünden dann infrage. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und die Minister-

präsidenten dürften bei ihrem Treffen am kommenden Donnerstag nicht nur mittelfristig wirkende Reformen beschließen, forderte der Städtetagspräsident. „Denn wenn die Menschen vor Ort den Staat nur noch als Mangelverwalter erleben, dann ist die kommunale Selbstverwaltung und letztlich die Demokratie vor Ort in Gefahr.“

Der Präsident des Deutschen Städtetags rechnete vor: „Die Kommunen leisten etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das konnte auf Dauer nicht gutgehen und hat jetzt handfeste Konsequenzen“, so Jung weiter. afp